

Andrea Nienhuisen, Jan Kasiske

Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt

„Jetzt halten Sie endlich Ihre verdammte Klappe. Am Besten Sie verlassen sofort den Saal. Mit Ihnen will hier keiner mehr reden.“ – „Ja, genau, immer dieses Dazwischengequatsche und keiner ist Ihnen Recht.“ – „Halten Sie mal die Luft an. Sie sind doch alle nicht ganz sauber da drüben.“

Wo befinden wir uns? In der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Zossen am 4.11.2009. 26 der 28 im September 2008 neu gewählten Kommunalpolitiker haben begonnen, miteinander zu diskutieren. Der aufgerufene Tagesordnungspunkt lautet „Einwohnerfragestunde“. Es geht um den Standort der bis Ende 2010 fertig zu stellenden Kita. Es hätte auch jedes andere Thema sein können. Die Situation ist verfahren – darin sind sich alle einig. Die nach dem Betriebsklima in der SVV befragten Personen verwenden Begriffe wie: „Katastrophal“, „Teile und Herrsche“, „Da wird nur über den politischen Gegner hergezogen“, „Im Ausschuss Hü und in der SVV Hott“, „Die nötige Auflösung steht bevor“, „Unerträglich“, „Traumatisierend“, „Peinlich“, „Explosiv“, „Man wird als Ketzer verschrien“, „Gewalttätig“, „Rechtsextrem“. Diese Liste ließe sich fortsetzen. In der Tageszeitung „Märkische Allgemeine“ (MAZ) werden die problematischen Zustände nicht beschrieben, eher ergreift man zaghaft Partei bei der Suche nach Schuldigen.¹

Drei Monate früher – August 2009

In der Nacht haben bisher noch Unbekannte an eine Hauswand die Botschaft „Zossen bleibt braun“ geschrieben und überdies den Sprecher einer Bürgerinitiative (BI) für Demokratie namentlich mit dem Tode bedroht. Die Reaktionen sind geteilt. Glauben doch einige, das hätten Mitglieder der besagten BI für Demokratie „Zossen zeigt Gesicht“ selber initiiert, um Auf-

¹ An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Personen aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bedanken, die uns für diesen Artikel in zahlreichen persönlichen Gesprächen und Interviews zu Verfügung standen. Ihre Sichtweisen und Meinungen waren uns beim Schreiben des Textes sehr hilfreich.

merksamkeit zu erlangen. Andere sehen sich in ihrem Engagement gegen Extremismus vor Ort bestärkt und sind bestürzt.

Acht Monate früher – März 2009

Eine der zahlreichen Bürgerinitiativen trifft sich zur Besprechung des weiteren Vorgehens. Die Bürger nehmen ihre Verantwortung wahr und artikulieren ihre Bedürfnisse auf diesem Wege. Zu dieser Zeit treffen sich vier Bürgerinitiativen in der Großgemeinde bzw. Stadt Zossen: eine gegen die geplante Ortsumfahrung Dabendorf, eine zum neuen Kitastandort, „Zossen zeigt Gesicht“ für Demokratieentwicklung/ (Rechts)Extremismusbekämpfung und eine zur Umgestaltung des Marktplatzes/ Innenstadt. Ferner läuft eine Unterschriftensammlung für den Erhalt der Polizeiwache Zossen, die bis zum 31.12.2009 laut Plänen des Innenministeriums Brandenburg geschlossen werden soll.

Die Ansichten der Stadtverordneten zum Bestehen solcher Bürgerinitiativen sind sehr unterschiedlich: manche sind der Auffassung, solche Initiativen seien unnötig, schließlich habe man doch die Abgeordneten zur Regelung der kommunalen Aufgaben gewählt, und die Initiativen sollten sich nicht dauernd einmischen. Manche begrüßen das Engagement vieler BürgerInnen, biete es doch Raum für Beteiligung, Rat und Hilfe für die Abgeordneten, die ja nicht alles allein bedenken könnten. Manche wünschen sich noch größere Bürgerbeteiligung. Manche finden derlei Willensbekundungen lästig und hinderlich für die Gespräche in der SVV. Manche unterstellen Einzelnen persönliche Interessen, Ressentiments und Intrigen.

Ein Jahr früher – November 2008

Die in der Berliner Straße auf Initiative des Vereins für Bildung und Aufklärung Zossen (BAZ e.V.)² zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus vor dem Haus Nummer 4 verlegten Stolpersteine werden durch den neuen Besitzer des Hauses am 20.11. mit Bierkästen verstellt. Dieser plakative Protest gegen die Erinnerung an den Holocaust sorgt für Empörung. Ebenso das Angebot des Besitzers, das in seinem Haus liegende Internetcafe der rechtsextremen Szene in der Region als Vernetzungspunkt zur Verfügung zu stellen. Ein medialer Eklat, der auch auf der Straße durch nun

² Der BAZ befasst sich seit 1997 mit jüdischem Leben in Zossen.

folgende Demonstrationen und Gegendemonstrationen ausgetragen wird. Eine Bürgerinitiative gründet sich: „Zossen zeigt Gesicht“. Welche Vorgeschichte führte zu der aktuellen Situation?

Vom Erstarken des Rechtsextremismus in einer Kleinstadt

Im Sommer 2008 wurden wir von zwei Personen angesprochen, unser Engagement in Zossen zu verstärken.³ Die Hilferufe waren deutlich, aber zunächst für uns nicht angemessen einzuordnen. Zum Einen war man unzufrieden mit der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Zossen im Umgang mit einem Fußballturnier der rechtsextremen Freien Kräfte Teltow Fläming (FKTF) im Ortsteil Dabendorf. Zum Anderen erfolgte eine Anfrage aus der Sorge um das kommunalpolitische Klima in der Stadt bzw. der möglichen Unterwanderung der SVV durch Rechtsextreme.



Neugestalteter Markplatz in Zossen

In der benachbarten Gemeinde Am Mellensee war bekannt geworden, dass zu den Bürgermeisterwahlen 2007 ein Kandidat mit verschwiegener NPD-Mitgliedschaft angetreten war, der nur knapp dem CDU-Kandidaten unterlag. Seitdem in Zossen nun zur Kommunalwahl 2008 eine neue Wählervereinigung mit dem Namen „Plan B“ angetreten war, rumorte es dort. Was unter der Oberfläche zum Vorschein kam, verunsicherte zahlreiche Bürger –

³ Zossen hat seit der Gebietsreform im Jahr 2003 ca. 17.500 EinwohnerInnen; davon leben in der Kernstadt mit dem Ortsteil Dabendorf ca 6.500.

am stärksten war für uns die Angst vor rechtsextremen Aktivitäten im Vorfeld der Kommunalwahl wahrnehmbar.

Die Freien Nationalisten

Von den FKTF erfuhren wir erstmals im November 2006. Eine Gruppe von rd. 30 jungen Antifaschisten aus Teltow-Fläming und Berlin versammelte sich zu einer Informationsveranstaltung in den Räumen des alten E-Werkes in Zossen. Man informierte sich über die Hintergründe der rechtsextremen Demonstrationen zum Volkstrauertag in Halbe und der geplanten Gegenmaßnahmen, dem „Tag der Demokraten“. Ihre Gegner, eine Gruppe von 19 jungen Menschen, z.T. mit Reizgas und Schlagstöcken bewaffnet, wartete vor dem Treffpunkt E-Werk. Wäre die Polizei damals nicht so beherzt eingeschritten, hätte es sicherlich Verletzte gegeben. So aber waren alle Anwesenden mit dem Schrecken davon gekommen. Nur zwei Tage später traf sich der im Frühjahr 2009 verbotene rechtsextremistische Verein „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) in der benachbarten Gemeinde Blankenfelde-Mahlow. 200 Personen waren angereist. Eine Untergruppe, die „Sektion Preußen“, hielt dort ihr regelmässiges Vereinstreffen ab. Im Hintergrund ermittelte eine freie Mitarbeiterin des NDR, die Rechtsextremismusexpertin Andrea Röpke. Diesmal war die Polizei zu spät am Ort. Andrea Röpke wurde von einigen Teilnehmern der Veranstaltung bei ihrer Arbeit entdeckt, angegriffen und niedergeschlagen. Das Treffen konnten die Organisatoren dennoch unbehindert fortführen. Eine kleine Gruppe von nachträglich informierten Bürger aus der Gemeinde demonstrierte einige Stunden später gegen die Vorgänge. Immer wieder kam es im folgenden Jahr zu kleineren Propagandadelikten und gewalttätigen Aktionen der FKTF. Dann: im Sommer 2008 das Fußballturnier in Dabendorf. Spürbar entstand damals eine dichtere Bedrohung seitens der rechtsextrem orientierten Jugendszene. Kurz vor den Sommerferien, am 12. Juli, trafen sich Rechtsextreme aus verschiedenen Teilen Brandenburgs und dem Sachsen-Anhaltinischen Genthin auf dem Sportplatz in Zossen/ Dabendorf zu einem so genannten „Nationalen Fußballturnier“. Die Autonome Antifa Teltow-Fläming wurde auf diese Aktion im Internet aufmerksam und reagierte mit einer Pressemitteilung, die als kleine Zeitungsmeldung an die Öffentlichkeit drang.

Wer verbirgt sich hinter dem Kürzel FKTF? Die Bezeichnung „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ tauchte erstmals Anfang 2005 auf. Die FKTF ist eine Gruppe von ca. 30 jungen Erwachsenen aus Ludwigsfelde, Blankenfelde-Mahlow, der Gemeinde Am Mellensee, Zossen und Baruth, vorwiegend jungen Männern. Es handelt sich um einen eher losen Personenzusammenhang, der sich



Graffiti der Freien Kräfte auf Werbewand im Sommer 2008

wie die so genannten „Autonomen Nationalisten“ vor allem durch Aktionismus auszeichnet. Die Gruppen existieren meist als Freundes-Cliquen ohne feste Vereinsstrukturen. Das Eingreifen des polizeilichen Staatsschutzes wird dadurch erschwert. In ihrem Auftreten und ihrem Kleidungsstil sind die Autonomen Nationalisten leicht mit linken Autonomen zu verwechseln. Tatsächlich bekämpfen sich diese beiden Gruppen jedoch entschieden, indem sie z. B. Fotos und persönliche Daten ihrer Gegner im Internet veröffentlichen. Zum aktiven Kern der FKTF gehören ca. zehn junge männliche Erwachsene. Sie werden aktiv von den „Freien Kräften“ aus Königs Wusterhausen und dem NPD Kreisverband Dahmeland unterstützt und mit politischen Materialien versorgt. Auch die politischen Themen, die die FKTF in den letzten zwei Jahren im Landkreis Teltow-Fläming platzierte, sind nahezu identisch mit den politischen Parolen und Forderungen der Brandenburgischen NPD:

- „Für ein nationales Jugendzentrum – Jugend braucht Perspektive – Kinder sind Zukunft“ (Ludwigsfelde April 2008)
- „Stoppt den israelischen Holocaust im Gaza-Streifen – für ein freies Palästina“ (Zossen Januar 2009)
- „Mahnwache für deutsche Kriegsoffer des Zweiten Weltkrieges“ (Zossen Februar 2009)
- „Freiheit statt BRD“ (Luckenwalde Mai 2009) Das ursprüngliche Motto „60 Jahre Lüge sind genug, Schluss mit diesem Volksbetrug“ wurde durch das Verwaltungsgericht in Cottbus verboten.

Aktivitäten, die der FKTF zugerechnet werden 2008/ 2009

2008

- 15. Nov. Behinderung der Verlegung der Stolpersteine in Zossen
- 17. Dez. Störung einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus in Zossen am Marktplatz
- 22. Dez. Politische Weihnachtsaktion bei der Arbeitsagentur in Zossen, Flugblätter und Weihnachtsgebäck werden verteilt

2009

- 27. Jan. Kundgebung in Zossen (Anti-Israel-Kundgebung)
- 10. Feb. Versuchte Störung einer Informationsveranstaltung der BI „Zossen zeigt Gesicht“
- 11. Feb. Gedenkveranstaltung für Deutsche Kriegsoffer in Zossen
- 14. Feb. Musikveranstaltung mit NPD-Kader Jörg Hähnel in Zossen
- 23. Mai Demonstration in Luckenwalde
- 04. Juli Farbanschlag auf das Haus des BI-Sprecher in Zossen
- 17. Aug. Versuchte Flashmob-Aktion zum Todestag von Rudolf Heß in Ludwigsfelde
- 23. Aug. Verteilung von NPD-Wahlwerbung und FKTF- Infos in Zossen
- 31. Aug. Erneuter Farbanschlag und Morddrohung gegen BI-Sprecher
- 12. Sept. Demonstration gegen die Eröffnung des „Haus der Demokratie“ (HdD) in Zossen
- 13. Sept. Verwüstung der Räumlichkeiten des HdD in Zossen
- 11. Nov. Feuerwerkskörper zerstört Briefkasten am Wohnhaus der Familie des BI-Sprechers

Wer die Wahl hat

Derzeit sind in der SVV Zossen die CDU, FDP, Grüne, SPD, Die Linke und Vereinigte Unabhängige Bürger (VUB) vertreten, sowie die Listenvereinigung Plan B, die stärkste Fraktion, der auch die Bürgermeisterin in Zossen angehört. Bisher konnten rechtsextreme Parteien in Zossen keine Kandidaten platzieren. Die Ankündigung des NPD-Kreisverbandes Dahmeland, im Frühsommer 2008 in Zossen einen Kandidaten aufzustellen, wurde nicht verwirklicht. Dies wird sich in Zukunft vermutlich ändern. Die letzten Wahlergebnisse von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen zeigen, dass keine andere Gemeinde im Landkreis Teltow-Fläming so starke Gewinne an rechtsextremen Stimmen verzeichnen konnte wie die Stadt Zossen. Bei der Bundestagswahl 2009 kamen NPD und DVU hier zusammen auf 4,7% der Zweitstimmen. Übertroffen wurde das Ergebnis nur noch in der Stadt Baruth

(4,8%) und in Ihlow (6,5 %). Schaut man sich die einzelnen Wahlbezirke in Zossen an, so liegen hier wiederum die Spitzenergebnisse von über 6% im Kindergarten Schönow, im Dorfgemeinschaftshaus Nunsdorf und Kallinchen und in der Oberschule Wünsdorf. Bei den Landtagswahlen 2009 liegt die Stadt Zossen mit 4,8% der Wählerstimmen für NPD und DVU ebenfalls deutlich über dem Landkreisdurchschnitt von 3,8% und dem Landesdurchschnitt von 3,7%. Dennoch führte die Auflösung des so genannten Deutschlandpaktes zwischen DVU und NPD insgesamt zu einem verschlechterten Gesamtergebnis der rechtsextremen Parteien, schließlich hatte die DVU bei der Landtagswahl 2004 6,5% der Wählerstimmen erhalten.

Viel Lärm um nichts oder: Störung der öffentlichen demokratischen Ordnung?

Den landkreisweiten Anspruch, den der Name suggeriert, konnten die Freien Nationalisten der FKTF bislang nicht einlösen. Aktionsschwerpunkte sind vor allem der Norden Teltow-Flämings, wobei die personenstärksten Teile in Blankenfelde-Mahlow und Ludwigsfelde anzutreffen sind. Diese Cliques werden zusätzlich unterstützt von Freien Nationalisten und NPD-Mitgliedern aus Berlin-Neukölln und Treptow-Köpenick. Aber auch im Süden des Landkreises sind kleinere Cliques und einzelne Mitglieder aktiv; sie agieren eher unabhängig voneinander und schließen sich mit Gleichgesinnten im Landkreis Elbe-Elster oder aus Sachsen-Anhalt zusammen.

Im Dezember 2009 wird bekannt, dass sich die FKTF zugunsten eines NPD-Ortsbereiches in Zossen auflösen wollen. Schon nach der Landtagswahl hatten die Aktivisten ihre Internetpräsenz aus dem Netz genommen. Es wird deutlich, dass die Gruppe der Freien Nationalisten ohne den Einfluss der NPD nicht überleben kann. Sie greift daher auf die bereits vorhandenen Strukturen der NPD im Landkreis Dahme-Spreewald und in der Gemeinde Am Mellensee zurück. Hier, sehr nah bei Zossen, leben seit dem Sommer 2008 der NPD-Funktionär und HDJ-Aktivist Jörg Hähnel mit seiner Frau Stella Hähnel. Sie ist eine der wenigen Aktivistinnen in der NPD: Sie war nicht nur als Pressesprecherin des Landesverbands in Berlin tätig, sondern seit 2006 im Bundesvorstand der Partei. Als Mitbegründerin der rechtsextremen Frauenorganisation Ring Nationaler Frauen (RNF) macht sie sich für die „nationalen Mütter“ stark. Bei der Bundestagswahl 2009 erhält sie in der Stadt Zossen immerhin rd. 4% der Erststimmen als Direktkandidatin ihres Wahlkreises.

Insgesamt ist festzustellen, dass die NPD ihre Leitrolle im Rechtsextremismus in Teltow-Fläming ebenso versucht auszubauen wie im gesamten



FKTF auf Demotour mit der NPD



Gemeinsame Kundgebung der FKTF und der NPD in Ludwigsfelde, April 2008

Land Brandenburg. Nicht nur in der Stadt Zossen scheinen dafür die Bedingungen günstig. Wenn auch die bisherigen Wahlerfolge für die NPD hier deutlich niedriger sind als in den Nachbarlandkreisen, so ist doch denkbar, dass diese mit geeigneten Kandidaten ausgebaut werden können. Ein Blick nach Königs Wusterhausen, wo Freie Kräfte mit NPD-Mitgliedern seit nunmehr über zwei Jahren politische Strukturen prägen, zeigt, dass dieser Erfolg

möglich ist. Vielleicht gelingt es dann den demokratischen Parteien ihre derzeit gezogenen Gräben in der kommunalpolitischen Arbeit zu überwinden und sich gemeinsam auf den Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten zu verständigen. Das wird vermutlich auch der Tag sein, an dem die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus in Zossen Geschichte ist.

Die Reichsbürgerbewegung in Teltow-Fläming

Innerhalb der rechtsextremen Szene gehören die Reichsbürger zu den kuriosen Gruppen. Im Landkreis und dem nahen Berlin findet man ca. ein Dutzend Personen, die dieser Gruppe zuzuordnen sind. Zu ihrem politischen Lebensinhalt gehört ein zum Teil fanatischer Antisemitismus und die Überzeugung, für eine sogenannte Reichsbewegung unterwegs zu sein. Die Reichsbürger wirken äußerst wirklichkeitsfern und in ihren politischen Forderungen anachronistisch. Sie sind von der Wahnvorstellung beseelt, im Auftrag einer Exilregierung des Deutschen Reiches unterwegs zu sein. Sie halten die Bundesrepublik völkerrechtlich und verfassungsrechtlich für illegal und erheben Anspruch auf die früheren Ostgebiete des Deutschen Reiches.

Rainer Link gehörte zu dieser Reichsbürgerbewegung als er 2006 aus Berlin nach Zossen zog. Zu der Gruppe um Rainer Link gehörten auch Dirk Reinecke aus Blankenfelde, Gerd Walther und vor allem Horst Mahler (früherer Anwalt, RAF-Gründungsmitglied und mehrfach vorbestrafter Holocaustleugner), der Ende 2008 im Hause von Rainer Link mindestens einmal zu Besuch war. Gegen Gerd Walther, Rainer Link und Dirk Reinecke liefen damals schon Strafverfahren.

In der Ladenwohnung seines Hauses in der Berlinerstraße 4 in Zossen betrieb Rainer Link von 2007 bis ca. Mitte 2009 ein Internetcafé, das vor allem Jugendliche und junge Erwachsene ansprach. Bisweilen wurde das Internetcafé aber auch als Veranstaltungsraum für Foto-Ausstellungen, politische Info-Abende und kleinere Partys genutzt. Im November 2008 hatte Rainer Link in Zossen zum ersten Mal öffentlich sein geschichtsrevisionistisches Weltbild dokumentiert. Er störte eine Veranstaltung in der Dreifaltigkeitskirche in Zossen und die öffentliche Verlegung der Stolpersteine – Gedenksteine, die an die deportierten Juden in Zossen erinnern. Link beschimpfte die anwesenden Teilnehmer und die Stadt Zossen. In seinem eigenen Informationsblatt „Schmatz“, das er in dieser Zeit herausgab, spricht er von „Mahnmalismus“ und „Gedenkknechtschaft“ und von der Demokratie als „Meinungsdiktatur“. Er stilisierte sich als Opfer der vermeintlichen Meinungsdiktatur und polemisierte gegen Stadtverordnete sowie Journa-

listen. In dieser Zeit wurden er und sein Mitbewohner Gerd Walther von den FKTF politisch unterstützt; die FKTF nutzten das starke Medienecho auf Links öffentliche Provokationen für ihre eigene Inszenierung und zeigten sich deshalb gemeinsam mit ihm bei Demonstrationen und Kundgebungen. Lange sollte diese politische Freundschaft nicht anhalten – aber wie konnte es überhaupt zu einem politischen Zusammenschluß der FKTF mit den Reichsbürgern kommen? Vermutlich bot Rainer Link den Freien Nationalisten in seinem „Medienkombinat“ genannten Laden einen regelmäßigen Treffpunkt in der Stadt und auch technische Unterstützung. Schon kurz vor Weihnachten planten sie eine gemeinsame politische Aktion vor der Arbeitsagentur. Ein halbes Jahr später weist auch der Aufruf zur Demonstration in Luckenwalde deutliche Argumentationslinien der Reichsbürgerideologie auf. Fest steht, dass sich die „Freie Kräfte“ aber bereits im Frühjahr 2009 mit Rainer Link überwarfen. Das Internetcafé schloss. Um Angriffe zu verhindern, wurden die Ladenfenster mit dicken Spanplatten versehen. Als Rainer Link Anfang Dezember 2009 vermutlich Selbstmord beging, hatten bereits seit einigen Wochen Gerüchte in Zossen die Runde gemacht, dass die Polizei gegen ihn wegen des Vertriebs von kinderpornografischen Dateien ermittele. Damit dürfte der politische Einfluss der Reichsbürger im Landkreis Teltow Fläming vorerst beendet sein.

Sieben Jahre früher – Die Zukunftskonferenz Zossen im April 2002

Im Dezember trafen sich BürgerInnen, um eine Zukunftskonferenz für 80 Personen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen durchzuführen. Das MBT übernahm die Moderation. Ziel war es, die Lebensverhältnisse vor Ort so zu verbessern, dass sich alle einbezogen fühlten und eigene Projekte verwirklichen konnten. Der Anlass für diese Konferenz mit Wirkungen bis in die Gegenwart war das Interesse Jugendlicher aus dem Jugendclub Leo (Efeuhaus), mehr Mitspracherechte zu erwirken. In der Dokumentation heißt es dazu: Die Jugendlichen

„waren unzufrieden weil Stadtplanung und Politik mehr als einmal die Interessen von Jugendlichen übergang. Bei den drei JugendarbeiterInnen vom Jugendclub Leo e.V. fanden Jugendliche verschiedener Gruppen in Zossen konkrete Unterstützung. Diese initiierten Beratungen, aus denen die Idee einer Zukunftskonferenz für Zossens Zukunft und einer Jugend mit Perspektive entstand. Häufig sind jetzt Kommentare zu hören: ‚Schön, dass ich Sie hier kennen gelernt habe‘ oder ‚Menschen machen Dinge, die sie vorher für unmöglich hielten‘. ‚Wirkliche Veränderung wächst von der Basis her.‘ So bringt

eine Teilnehmerin der Vorbereitungsgruppe die Strategie der Zukunftskonferenz auf den Punkt.“⁴

Konkret ergaben sich etliche Projekte, die nach Angaben der TeilnehmerInnen bis heute das Stadtleben verändert haben. Dazu gehört das Jugendparlament, dessen Satzung und Beginn die heutige Bürgermeisterin maßgeblich förderte. Oder die „Brücke e.V.“ und das Projekt Skaterpark, das zwar noch nicht realisiert wurde, für das aber die von Jugendlichen eingeworbenen Mittel auf einem Spendenkonto bereit liegen.⁵

Was zeigen die Bewertungen und Stimmen der damaligen TeilnehmerInnen?⁶

Eine Stadtverordnete:

„Wir haben viel zu spät begonnen, gemeinsam mit den Bürgern organisierte Veränderungen in der Stadt Zossen vorzunehmen.“

Ein Hauptverwaltungsbeamter:

„So ein Dialog sollte eine ständige Einrichtung werden.“

Eine Schülerin:

„Die junge und die alte Generation haben einander früher viel besser verstanden. Ich wünsche mir, dass das in der Zukunft wieder so wird.“

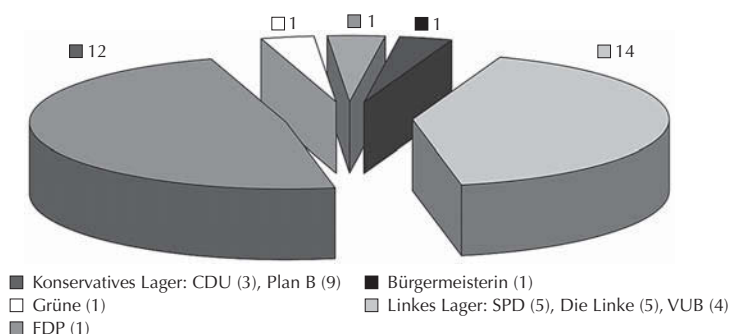
Aus heutiger Sicht könnte das Potential dieser Konferenz genutzt werden, um die Aufgaben in der Stadt gemeinsam zu gestalten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies gelingen kann.

⁴ Vgl. „Zossen mit Zukunft“, Dokumentation der Zossener Zukunftskonferenz vom 19. bis 21. April 2002, S. 1. – Zukunftskonferenz ist ein von Marvin Weisbord entwickeltes strukturiertes Dialog-, Lern-, Planungs- und Mobilisierungsinstrument. Sie steht unter dem Motto „72 Menschen bewegen in 18 Stunden ihre Zukunft“. Fester Bestandteil ist die gleichrangige Beteiligung von Bürgern aus unterschiedlichen Verantwortungsbereichen. So war der damalige Amtsdirektor ebenso beteiligt wie einige Jugendliche oder Geschäftsleute aus der Stadt. Auch heute arbeiten noch Bürger zusammen, die sich damals in Projektgruppen fanden.

⁵ Die „Brücke e.V.“ ist ein Zusammenschluss von Bürgern aus dem Jahr 2002, die im Vorfeld der Gemeindegebietsreform für eine Verständigung der künftigen Städter sorgen wollte. Dazu rief man das Fest der Vereine ins Leben, das im Jahr 2004 das erste Mal statt fand und von Beginn an großen Zuspruch erhielt. Es findet jährlich Anfang Mai statt (vgl. www.festdervereine.de).

⁶ Ingo Henseke: „Sie wollen etwas tun. Zossener Zukunftskonferenz: 80 Menschen, 18 Stunden und ein Anfang.“ In: Märkische Allgemeine Zeitung vom 23.4.2002.

Eine kommunalpolitische Krise und ihre Akteure



SVV Zossen Kommunalwahl 2008

Das obenstehende Tortendiagramm zeigt die prekären Machtverhältnisse in der SVV. Die SVV ist seit dem Jahr 2005 in ein konservatives und ein linkes Lager gespalten. Nach den Kommunalwahlen im Jahr 2003 regierte eine satte Mehrheit von SPD und CDU mit der Bürgermeisterin Michaela Schreiber an der Spitze. Damals waren 18 Abgeordnete gewählt. Das ging fast zwei Jahre lang gut. Nach der Kommunalwahl 2008 sind es 28 Abgeordnete – aufgrund der Gebietsreform und neuen Kommunalverfassung des Landes Brandenburg – plus der Stimme der Bürgermeisterin. Im Jahr 2005 kam es zum Bruch der Bürgermeisterin mit der SPD und damit zu unklaren Machtverhältnissen innerhalb der SVV. Die Wahl 2008 führte dann zu einer sichtbaren Lagerbildung: Die CDU (3 Sitze) stellt mit der Listenvereinigung Plan B (9) und Frau Schreiber (1) das konservative Lager dar, während die SPD (5) mit der LINKEN (5) und dem VUB (4) das linke Lager bildet.⁷ Dazwischen stehen ein Abgeordneter der Grünen und eine Abgeordnete der FDP, die bei allen Abstimmungen quasi das Zünglein an der Waage sind. Die FDP hält den Vorsitz der SVV. Auf diese Weise hängen Entscheidungen von ein oder zwei Personen ab.

Ursachen für die Krise

In allen Kommunen und Vertretungen gibt es persönliche Geschichten und Befindlichkeiten, die Einfluss auf Entscheidungen haben. Einige nennen das

⁷ VUB: Vereinigte Unabhängige Bürger: Fraktion seit den Kommunalwahlen 2008 aus „Wählervereinigung Kallinchen“ und dem „Frauenverein Nächst Neuendorf“.

„Filz“, andere sagen, es sei zutiefst menschlich. Der Mensch lebe von Beziehungen und es gelte, diese zu nutzen. Allerdings sollten in einer SVV die Netzwerke offengelegt und „mit offenem Visier“ für die eigenen Interessen angetreten werden.

In der SVV könnten Angehörige der jeweiligen Blöcke auch gegen das eigene Lager entscheiden, sollten sie die Sachlage anders einschätzen. Das hieße, sich jedes mal neue Mehrheiten zu beschaffen wie „in einem richtigen demokratischen Parlament eben“ (so eine Stadtverordnete). Das scheint in Zossen nicht der Fall zu sein. Einige stehen der Demokratie mit ihren oft schwierigen Aushandlungsprozessen eher kritisch gegenüber, waren sie doch „bis 1990“ gut versorgt. Andere werben für mehr direkte Demokratie, z.B. bei der Frage der Direktwahl des Landrates. Wieder andere pflegen eine absolut anmutende Loyalität gegenüber den gewählten Abgeordneten und der Bürgermeisterin; sie verstehen sich als Dienstleister der Verwaltung, manchmal auch der Bürger. Allen gemein scheint zur Zeit die Haltung zu sein: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.

Unterschiedliche persönliche Voraussetzungen, nicht verschmerzte Niederlagen bei der Bürgermeisterwahl 2003, die Entmachtung von Ortsbürgermeistern durch die Gemeindegebietsreform 2003 – es ließ sich eine ganze Reihe von weiteren Konfliktherden in Zossen nennen. Im Ergebnis führt dies zu einer vergifteten Atmosphäre und erschwert der SVV die notwendigen Entscheidungen. Ein Richter verglich die Gemeinde Zossen im Sommer 2009 mit einem „kleinen zänkischen gallischen Dorf“. Auf den Internetseiten von „Plan B“ und der Partei DieLinke lässt sich das gut nachvollziehen. Der „Plan B“ diffamiert einzelne Mitglieder der SVV und wertet deren Aussagen permanent ab, gießt sozusagen täglich Öl ins Feuer. Die Linke präsentiert auf ihrer Seite eine Fülle von Negativschlagzeilen, die sie der Bürgermeisterin zuschreibt und tut damit das Ihre zur Verschlechterung des Stadtimages.

Die Stadtverordnetenversammlungen werden im öffentlichen Teil von interessierten BürgerInnen gut besucht. Aufgrund der Uneinigkeit der Abgeordneten nimmt der vorgeschriebene Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde“ immer sehr viel Zeit in Anspruch. Viele Punkte werden vertagt, so dass die Zahl der Sitzungen im Jahr 2009 dramatisch anstieg. Damit überhaupt noch Entscheidungen getroffen werden können, finden pro Woche ein bis zwei Sitzungen von Ausschüssen oder der SVV statt. Die Vorsitzende scheint überfordert, denn auch die Zwischenrufe und Verbalattacken bei Redebeiträgen müssen permanent gerügt werden. Ferner ist es zur Gewohnheit geworden, dass die Sitzungen erst nach Mitternacht enden. Eine Fraktion kündigte die Ausschussarbeit bereits auf und verließ unter Protest eine SVV-Sitzung. Gegen die amtierende Bürgermeisterin lau-

fen derzeit zwei Dienstaufsichtsbeschwerden, die vor Gericht verhandelt werden.⁸ Die Kommunalaufsicht als Kontrollbehörde des Landkreises, die seit Jahren zurückgewiesene Anträge und Beschlüsse aus der SVV Zossen bearbeitet, ist schon gar nicht mehr anwesend.

Vom Auf und Ab des zivilgesellschaftlichen Engagement in Zossen

Nach unserer Beobachtung verläuft zivilgesellschaftliches Engagement wellenförmig. Der Fall Zossen bestätigt diese Erfahrung.

Der Zusammenschluss der Freien Kräfte mit den „Reichsbürgern“ im November 2008 alarmierte politisch aktive Menschen, darunter etliche Teilnehmer/innen der Zukunftskonferenz von 2002 sowie einige Stadtverordnete. Diese konnten sich in ihrer Sitzung am 17. Dezember 2008 zu der gemeinsamen „Resolution der Stadtverordneten in Zossen gegen Rechtsextremismus“ durchringen. Für viele war das Maß voll, als im Anschluß an diese SVV ca. 20 Rechtsextreme eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am Marktplatz störten und Parolen skandierten. Noch kurz vor Weihnachten führte das MBT erste Beratungen durch; überdies wurde eine kleine Informationsveranstaltung organisiert. Denn gerade bei vielen älteren Teilnehmern war die Angst vor einer Eskalation deutlich zu spüren. Nach Weihnachten 2008 fanden sich weitere Aktive zusammen, darunter der evangelische Pfarrer der Gemeinde, Andreas Domke, der Jugendsozialarbeiter Holger Krause und der Bürger Jörg Wanke. Schnell kam man zur Einsicht, dass man den Einfluss von Rainer Link auf Jugendliche mindern müsse. Anfang Januar 2009 wurde die Idee eines Familienfestes für Kinder und Jugendliche mit musikalischem Rahmenprogramm geboren. Um diese Aufgabe zu stemmen, gründeten sie die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“.

Diese Bürgerinitiative kam schnell ins Arbeiten, wuchs bis auf 30 Leute an, und traf sich von Beginn des Jahres regelmässig bis zum Jahresende jeden Montagabend. Halbherzige Richtungsdiskussionen ließen die eher konservativen Mitglieder der Initiative fernbleiben. Wie so oft in Brandenburg gingen die Meinungen in der Frage auseinander, ob man sich gegen Rechtsextremismus oder gegen Extremismus im Allgemeinen engagieren sollte. Einer erfolgreichen gemeinsamen Strategie stehen immer wieder ideologische Versatzstücke im Wege, die den Blick auf die tatsächliche Situation vor Ort verstellen. Im Verlauf unserer Beratungstätigkeit war es uns ein wichtiges Anliegen, diese Entwicklung zu verhindern bzw. hier gegen-

⁸ Vgl. RBB Abendschau vom 10.12.2009.



BI „Zossen zeigt Gesicht“ zum Tag des Grundgesetzes am 23.5.2009 in Luckenwalde

zusteuern. Jedoch erkannten wir zunächst nicht ausreichend das Ausmaß des schwelenden kommunalpolitischen Konfliktes und die damit einhergehenden Konsequenzen für zivilgesellschaftliches Engagement: Jeder, der sich politisch außerhalb der SVV engagierte, stand unter Generalverdacht, gegen die SVV arbeiten zu wollen. Die Lagerbildung in der SVV spiegelte sich auch in dieser BI wider. Hier waren wir die Lernenden. Wir erkannten erst nach und nach, dass das von uns wahrgenommene Problem der rechts-extremen Aktivitäten von den Konflikten der demokratisch legitimierten VertreterInnen überlagert wird. Das kommunalpolitische Pulverfass Zossen eröffnete den rechtsextremen Kräften im Winter 2008/ 2009 einen Spielraum, den sie vortrefflich für sich zu nutzen wussten.

Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen der Kommunalpolitik

Betroffene Bürger haben mehrere Formen und Möglichkeiten auf die Entscheidungen in einer gewählten Vertretung einzuwirken. Die unbürokratischste Variante ist die Gründung einer Bürgerinitiative. Bürger, die ein Anliegen teilen, schließen sich zusammen und machen öffentlich auf das Problem aufmerksam; dadurch erzwingen sie die Aufmerksamkeit der Presse, der Abgeordneten und dadurch aller Bürger vor Ort. Ein Thema wird



Eröffnung des „Hauses der Demokratie“ in Zossen



Das „Haus der Demokratie“ in Zossen am 12.9.2009

besetzt und beworben. Rasch ist der Meinungsbildungsprozess in vollem Gange. So geschehen in vier Fällen in Zossen im Jahr 2009. Bereits 1999 hatte die BI Zentrumsumfahrung Erfolg mit ihrem Anliegen, die Straße um den „Kietz“ herum zu führen und damit den Marktplatz als solchen vom Durchgangsverkehr frei zu halten. Die BI „Zossen zeigt Gesicht“ möchte Beteiligungsprozesse und Demokratieschule etablieren. Das Engagement richtet sich nicht in erster Linie gegen Extremismus, sondern für eine Weiterentwicklung der Demokratie in Zossen. So gründete man mit viel ehren-

amtlichem Einsatz das „Haus der Demokratie“ (HdD) und nutzte dafür die Baracke hinter der Kirche für zahlreiche Veranstaltungen. Dort können Proberäume für Jugendliche entstehen und sollen verschiedene kulturelle Initiativen einziehen.

Die BI ist mit zahlreichen Abendveranstaltungen präsent, die sie zusammen mit Kooperationspartnern zu unterschiedlichen politischen Themen durchführt. Hinzu kommen Feste in der Stadt, Unterschriftensammlungen etwa gegen die Schließung der Polizeiwache und die monatlich erscheinende Zeitung, der „Bürgerstift“ sowie der Ausbau des „Hauses der Demokratie“. Hierfür sind bereits zahlreiche Sponsoren gefunden. Zyniker nennen das Haus „Baracke der Demokratie“ und spielen damit auf die Zustände in der SVV an. Das Echo bei den Abgeordneten ist geteilt: die einen begrüßen diese Initiative mit ihrem Logo „Zossi“ als identitätsstiftende Institution in der Stadt, die Begegnungen der Menschen ermöglicht und das bestehende kulturelle und bildnerische Angebot sinnvoll ergänze. Ferner trage die BI zur Sensibilisierung der Menschen im demokratischen Miteinander bei. Andere sagen, man brauche kein Haus der Demokratie, man habe doch das Rathaus und außerdem sei die BI der verlängerte Arm des linken Lagers in der SVV und daher überflüssig. Man habe doch die Abgeordneten gewählt. Außerdem: Zossen habe kein Problem mit Rechtsextremismus. Eher sei man auf dem linken Auge blind. Wenn es die BI nicht gäbe, wäre auch der Rechtsextremismus nicht so stark geworden.

Eine weitere Form des bürgerschaftlichen Engagements ist der Einwohnerantrag in der SVV.⁹ Dafür wurden in nur vier Wochen 1.600 Unterschriften gesammelt. Die BI „Pro Kita Martin-Luther-Straße“ stellte am 25.11.2009 den ersten Einwohnerantrag in der Geschichte Zossens. In der Nacht zum 10.12.2009 wurde er von den Abgeordneten zugelassen und im nächsten Schritt beraten und abgestimmt. Der Antrag wurde mit 13 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 13 Nein-Stimmen abgelehnt. Somit wurde die einfache Mehrheit verfehlt. Der nächste Schritt dieser BI wäre ein Bürgerbegehren.¹⁰ Seit 2006 steht dieses Thema auf der Agenda. So gründete sich im Herbst 2009 eine BI, da sich eine Entscheidung in der SVV anbahnte. Die Unter-

⁹ Laut Kommunalverfassung arbeitet die Gemeindevertretung, die von den Parteien und Fraktionen gestellten Anträge nach einer bestimmten Form ab. Seit einem Jahr können in Brandenburg nun auch Bürger so genannte Einwohneranträge stellen.

¹⁰ Dieser Schritt war jüngst in der Uckermark erfolgreich, wo Bürger 15.900 Unterschriften sammelten, um den Kreistag dazu zu bewegen, seine Entscheidung bezüglich der Wahl des Landrates erneut zu diskutieren. So geschehen am 9.12.2009: Nun wird der Landrat im Frühjahr 2010 direkt gewählt, statt – wie von den Parteien zunächst beschlossen – vom Kreistag (vgl. Oliver Schwes: Kreistag unter Druck des Volkswillens, Märkische Oderzeitung, 10.12.2009, S. 1).

stützer innerhalb der SVV würdigten das Engagement der BI und teilten deren Gründe für die Wahl dieses Standorts.

Im Vorfeld zur entscheidenden Sitzung am 9.12.2009 wurde von den Gegnern viel Stimmung gegen die BI gemacht. Sie sahen eine Gefahr der Beeinflussung der Abgeordneten und zeigten sich verärgert, dass diese BI zu einem späten Zeitpunkt käme, wo alle Argumente längst ausgetauscht seien. Nun müsse man sich wieder damit befassen und der Bau verzögere sich. Ferner seien die Kosten für die Stadt bei diesem Standort nicht kalkulierbar. Da half auch der Kompromissantrag des Grünen nicht, erstmal standortoffen weiter zu planen bis man sich geeinigt habe.

Dass der Tagesordnungspunkt in der entscheidenden Sitzung der SVV erst nach Mitternacht aufgerufen wurde, als die meisten Gäste bereits zu Hause sein mussten, wird von vielen als schlechter Stil angesehen; dies zeige, dass man mit Bürgerbeteiligungsverfahren noch ganz am Anfang stehe. Aus Sicht des MBT ist diese BI ein Zeichen des Interesses und Engagements von BürgerInnen, die sich einbringen wollen. Zossen hat Potential für mehr Beteiligung.



Die BI reagiert mit einer eigenen Botschaft auf die rechts-extremen Schmierereien am Haus ihres Mitglieds Jörg Wanke

Es geht auch anders

Die BürgerInnen merken, dass ihre Themen den von ihnen Gewählten zunehmend aus dem Blick geraten. Sie organisieren sich. Die Chancen bürgerschaftlichen Engagements in Zossen liegen im dynamischen Wechselspiel der Kräfte zwischen SVV und Bürgern. Je unproduktiver die SVV wird,

Elemente direkter Demokratie im Lande Brandenburg

Kommunale Ebene

Einwohnerfragestunde und Einwohnerversammlung: Vortrag des Anliegens in der Gemeindevertretung

Einwohnerantrag: 5% der über 16 Jahre alten Einwohner der Gemeinde müssen das Anliegen mittragen, damit der Antrag in der Gemeindevertretung behandelt wird.

Bürgerbegehren: Kassierende Bürgerbegehren richten sich gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung und müssen acht Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung des Beschlusses eingereicht werden. Initiierende Bürgerbegehren wenden sich mit einem noch nicht behandelten Thema an die Gemeindevertretung. Tabu sind aber zentrale Angelegenheiten wie etwa der Haushalt und die Bauleitplanung.

Bürgerentscheid: kann von den Initiatoren zu einem von der Gemeindevertretung abgelehnten Bürgerbegehren beantragt werden (25 Prozent aller Wahlberechtigten müssen abstimmen, damit der Bürgerbescheid erfolgreich sein kann). Die Entscheidung ist bindend für die Gemeindevertretung.

Landesebene

Volksinitiative 20.000 Unterschriften, Sammlung beginnend ein Jahr vor Einreichung, nicht zu: Landeshaushalt, Dienst- und Versorgungsbezügen, Abgaben und Personalentscheidungen.

Volksbegehren: 80.000 Unterschriften, 200.000 beim Verlangen nach Neuwahlen, vier Monate Laufzeit, Amtseintragung.

Volksentscheid: findet spätestens drei Monate nach Ablehnung des Volksbegehrens im Landtag statt.

Quelle: „Bürgerstift“, Dezember 2009

Weitere Informationen finden sich auf den nachfolgend genannten Internetseiten: *Verfassung des Landes Brandenburg* (<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/links/brandenb3.html>); *Kommunalverfassung des Landes Brandenburg* (http://www.politische-bildung-brandenburg.de/kommunal/glossar/kommunalverfassung_neu.htm); *Mehr Demokratie e.V. Berlin-Brandenburg* (<http://bb.mehr-demokratie.de>); *Wikipedia: Mehr Demokratie* (http://de.wikipedia.org/wiki/Mehr_Demokratie).

um so eher werden Bürger motiviert, sich einzumischen. Da der Vertrauensverlust schon sehr weit fortgeschritten ist, wird sich die Zivilgesellschaft vermutlich radikalieren. Eine Lernaufgabe der Zivilgesellschaft könnte lauten: eben das nicht zu tun, sondern besonnen ihre Ziele fortzuschreiben. Die BI „Zossen zeigt Gesicht“ veranstaltete beispielsweise im März 2009 ein großartiges Familienfest im E-Werk. Zu dem Zeitpunkt waren dort noch

Abgeordnete aus dem konservativen Lager und dem linken Lager vereint. Kritische Geister sprachen damals bereits von einer Parallelkultur zur SVV in der BI.

Das zeigt uns, dass ein konstruktives Miteinander auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner prinzipiell möglich ist. Sobald sich aber ein öffentlich wahrnehmbarer Erfolg abzeichnet, folgen Neid und Mißgunst. So wurde das Gerücht in Umlauf gebracht, einer der Sprecher der BI engagiere sich nur, um der Bürgermeisterin das Amt streitig zu machen. Die Lernaufgabe der Stadtverordneten könnte sein: wieder zu einem fairen Miteinander zu finden, das bei jedem und jeder Einzelnen beginnt. Die eigene Haltung und die demokratischen Grundwerte müssten neu eingeübt werden. Das könnte im Einzelfall auch bedeuten, sein Mandat aufzugeben, wenn die persönlichen Spannungen untereinander zu groß werden.

Schwer zu erklären ist das Geschehen in Zossen nicht: Je größer die Spaltungen innerhalb der SVV, je stärker bürgerschaftliches Engagement. Je geringer die Ausprägung an konstruktivem Umgang, desto radikaler die Botschaften und Forderungen einzelner. Je uneiniger eine SVV, desto größer der Einfluß der Verwaltung respektive der Bürgermeisterin. Je unangenehmer der Umgangston, desto pragmatischer und unreflektierter die Entscheidungen. Je frustrierter die Abgeordneten, desto stärker werden Bürger in ihrem Anliegen frustriert.

Das Beispiel Zossen zeigt, dass ohne einen zivilen und sachorientierten Umgang in Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretung bürgerschaftliches Engagement – so nötig und notwendig es auch ist – an seine natürlichen Grenzen stößt. Anders gesagt: Wenn die Kommunalpolitiker die Anregungen, Ideen und Problembeschreibungen des bürgerschaftlichen Engagement nicht aufgreifen, werden demokratische Entwicklung vor Ort blockiert. Jede dieser Gruppen beeinflusst die Entwicklung der anderen. Auf Dauer gesehen wird sich ihr jeweiliger Erfolg an ihrer Kooperationsfähigkeit messen lassen.

Eine Veranstaltung im Haus der Demokratie am 30.11.2009 hat gezeigt, dass die Kooperation möglich ist. Unter dem Titel „Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie im Spannungsfeld der Kommunalpolitik“ waren neben externen Referenten viele Abgeordnete aller Fraktionen gekommen. Man hörte sich zu, ließ sich ausreden und pflegte eine Debatte. Es geht eben doch – scheinbar aber nicht in der SVV. Die Veranstaltung wurde durch das MBT moderiert. Es bestand kein Druck, Entscheidungen treffen zu müssen. Es begegneten sich Menschen mit ähnlichen Interessen. Statt der Grundhaltung: Wie kann ich dem Gegenüber, politischen Feind oder Nachbarn beweisen, wie unfähig er ist, herrschte die Haltung vor: Wo können wir noch besser werden und wo müssen wir uns gegenseitig unterstützen?

209 Jahre früher – Zossen 1801

Zwischen dem Kietz, der Ansiedlung im heutigen Zentrum, und der Stadt Zossen – der Namen bedeutet „Kiefer“ aus dem slawischen Wort „Ssosna“ und wurde u. a. 1320 als „Sossen“ erwähnt sowie urkundlich mit Siegel als „Zossen“ 1586¹¹ – ergaben sich vor 200 Jahren häufiger Differenzen. Das belegt ein Brief des damaligen Inspektors und Kirchenvorstehers Bauer aus dem Jahre 1801 an seine Gemeinde. Darin heißt es:

„So oft ich bisher hörte, dass die Kietzer und Stadtgemeinde nicht übereinstimmen konnten, machte es mir jederzeit Kummer, weil es ausgemacht ist, dass Uneinigkeiten das Leben beunruhigen, die streitende Gemeinde in üblen Ruf bringen und auf mancherlei Weise der zeitlichen Wohlfahrt Abbruch tun.“¹²

Doch dann heißt es weiter:

„Jeder gewinnt offenbar mehr durch freundliche Vereinigung, und es gewinnt selbst derjenige Teil, der um Erhaltung der Ruhe willen lieber etwas aufopferte. Mir würde es nun eine große Freude sein, wenn ich zur Stiftung dieser freundschaftlichen Vereinigung etwas beitragen könnte.“

Herr Bauer ist lange tot, seine Botschaft lebt weiter.

¹¹ Stuck, Uwe, Der Name der Stadt und das Wappen; in: Zossen – ein märkisches Städtchen, Heimatverein Alter Krug, Leipzig, 1996, S. 63.

¹² Stuck, Uwe, Der Kietz vor dem Städtlein; in: Zossen – ein märkisches Städtchen, Heimatverein Alter Krug, Leipzig, 1996, S. 28.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke III

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Maxie Heiner, Email: maxieheiner@gmx.de

S. 21: Amt Odervorland, <http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=89>;
<http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=131>

S. 43: Rainer Reinecke

S. 45: Andrea Nienhuisen

S. 48: Jörg Wanke (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 55: Andrea Nienhuisen

S. 56: Sabine Liebau (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 58: Jörg Wanke

S. 85, 87, 88, 92: MBT Frankfurt (Oder)

S. 98, 105, 107: Jürgen Lorenz

S. 120: Screenshots Archiv Mario Feist

S. 126: Gemeinde Plattenburg,

<http://plattenburg.verwaltung-brandenburg.de/texte/gemeindekarte.php>

S. 127, 128, 133: Gabriele Schlamann

© Januar 2010, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-029433-4

Inhalt

Vorwort	7
<i>Frauke Postel</i>	
Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilien Beratungsteams	9
<i>Michail Soschtschenko</i> : Die Kuh im Propeller	18
<i>Ray Kokoschko, Katja Hoffmann</i>	
Einheimische und Fremde auf dem Lande. Das Amt Odervorland als Beispiel	21
<i>Andrea Nienhuisen, Jan Kasiske</i>	
Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt	41
<i>Dirk Wilking</i>	
Ein Schulprojekt der Grundschule „Traugott Hirschberger“ Lübbenau wirkt in das Gemeinwesen. Gedenkstättenpädagogik mit Kindern und Eltern	63
<i>Robin Kendon</i>	
Der Umgang mit Zeichen und Symbolen des Rechts- extremismus. Erfahrungen aus der Arbeit des Mobilien Beratungsteams	79
<i>Karin Dörre, Jürgen Lorenz</i>	
Keine Erklärungen in Goldpapier, aber ein geradliniger Weg. Welche Konsequenzen wurden in Templin aus dem Mord an Bernd Köhler gezogen?	95
<i>Mario Feist</i>	
Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“?	109
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009	125

Susanne Kschenka, Anett Müller

Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in den Kreistagen
und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien
Städte in Brandenburg 141

Katrin Pecker

Wo wird rechtsextrem gewählt? Ein Kurzbericht
zu den Landtagswahlergebnissen rechtsextremer Parteien
in Brandenburg 175

Katarina Reichmann

Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt
Elternwege-Beratungswege 189